

PARLAMENTSREREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

das „Sommertheater“ um die Details der Abschottung unseres Landes vor Menschen, die unweigerlich weiter an unsere Tür klopfen werden, scheint vorerst beendet. Trotz aller taktischen Empörung der SPD, trotz aller Machtspielchen sind sich die Koalitionspartner doch längst einig: Die eigentliche Frage wollen sie nicht beantworten. Die lautet: Was können deutsche Regierungen tun, damit Menschen nicht mehr fliehen müssen? Da wäre über vieles zu sprechen: Waffenexporte in Kriegsgebiete, Agrarsubventionen, den deutschen Außenhandelsüberschuss, billige Lebensmittelexporte nach Afrika, Terrorfinanzierung, zügellose Finanzmärkte, Umweltzerstörung ...

Stattdessen rennen die Regierungsparteien der AfD hinterher, im Irrglauben, sie könnten den Überbietungswettbewerb in Sachen Scheinlösungen und Unmenschlichkeit gewinnen. Was sie der Bevölkerung als „Einigung“ verkaufen wollen, hilft niemandem außer den Demokratiefreunden von rechts. Die Strategie, das Problem Migration möglichst weit wegzuschieben, ist doch längst an der Realität gescheitert.

CDU, CSU und SPD haben sich auf den Kulturkampf um die Frage eingelassen, ob Menschenrechte für alle gelten sollen oder nur noch für Deutsche deutscher Abstammung. Darin und nicht in koalitionsinternen Reibereien liegt die eigentliche Gefahr für das friedliche Zusammenleben. Sachsens Ministerpräsident Kretschmer eskalierte übrigens erst kräftig mit auf Seehofers Linie und rief dann „verärgert“ auf zur Einigung. Wer sein Mäntelchen nach dem Wind hängt und allen immer das erzählt, was sie gerade hören wollen, gefährdet die Demokratie noch stärker als das offen menschenfeindliche Gerede der AfD!

Rico Gebhardt

Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Geld ausgeben – aber geistvoll!

Sachsen schwimmt im Geld – erstmals sind mehr als 20 Milliarden Euro pro Jahr zu verteilen. Die Regierung feiert sich für einen Rekordhaushalt. Warum eigentlich? Das ist doch die Leistung der Menschen im Land, die den Wohlstand erarbeiten. Sie sollen etwas zurückbekommen!

Derzeit entwerfen die Ministerien den Doppelhaushalt 2019/2020, der im August das Parlament erreichen soll. Die Linksfraktion hat schon vorab ihre Prioritäten klar gemacht – mit einer aktuellen Debatte: „Nicht nur versprechen, sondern jetzt handeln, Herr Ministerpräsident Kretschmer! Möglichkeiten und Chancen bei der Aufstellung des Landeshaushaltes nutzen.“ Jahrelang hat die CDU den Freistaat künstlich arm gerechnet und lieber in Schatztruhen investiert statt in ein besseres Leben für alle. Die Folgen sind bekannt: Heute fehlt zum Beispiel in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Personal, das nicht rechtzeitig eingestellt wurde. Das kann man nicht von heute auf morgen heilen. Aber die Landesregierung sollte endlich aufhören, Sparen als Fetisch zu betrachten.

„Der Haushalt ist kein Zahlenfriedhof, sondern ein Mittel zum Zweck. Er muss dafür sorgen, dass der Staat seine Aufgaben wieder erfüllen kann. Es ist keine Lösung, mit noch mehr Geld weiter die falsche Politik zu machen“, so **Verena Meiwald, die Finanzpolitikerin der Linksfraktion**. So sollten die Städte, Gemeinden und Landkreise endlich deutlich mehr Geld in eigener Verantwortung ausgeben können. Dresden dürfe nicht mehr diktieren, was die Menschen vor Ort brauchen. „Konkret streben wir 100 Euro pro Einwohnerin und Einwohner mehr an. Weitere zehn Millionen sollen jeder Kreis und die kreisfreien Städte pro Jahr zur freien Verwendung bekommen.“

Ministerpräsident Kretschmer feierte sich indes dafür, dass die Kommunen nun jährlich 70.000 Euro erhalten. „Damit könnte man beispielsweise zwei Sekretariatsstellen bezahlen – ein großer Wurf!“, so Meiwald.

LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt fragte: „Vor einem halben Jahr musste Ministerpräsident Tillich zurücktreten, der Innenminister wurde in die Wüste geschickt und der Finanzminister zum Sündenbock der falschen Sparpolitik der CDU-Fraktion erklärt. Ich frage mich: Warum eigentlich? Sie machen doch weiter wie bisher. Ihre Botschaften haben sich nicht geändert. Die Staatsregierung repariert weiter die von ihr selbst ver-

ursachten Schäden. ‚Geldausgeben ohne Geist‘ scheint Ihre neue Devise für den Doppelhaushalt 2019/2020 zu sein.“



Dabei erfolgten nicht einmal die Reparaturen konsequent, kritisierte **Verena Meiwald**. Die Landesregierung müsse in Größenordnung staatliche Ausbildungskapazitäten schaffen, anstatt sich auf den Privatsektor zu verlassen. Auch bleibe der Öffentliche Gesundheitsdienst – also die Gesundheitsämter, die Lebensmittelüberwachung und der veterinärmedizinische Dienst – geschrumpft. Pflichtaufgaben wie Kinder- und Jugenduntersuchungen könnten nicht mehr erfüllt werden. Für Krankenhausinvestitionen stehe eine Viertelmilliarde Euro zur Verfügung – das klinge gut, aber es seien dennoch nur 125 Millionen Euro im Jahr. „Die Krankenhausgesellschaft beziffert den Finanzierungsbedarf mit 200 Millionen Euro jährlich. Wenn man

weiß, dass schon 68 Millionen Euro für das St.-Georg-Krankenhaus in Leipzig vorgesehen sind, bleibt für die anderen nicht viel.“

Auch beim Öffentlichen Nahverkehr unternehme die Landesregierung zu wenig. „Ein dichteres Taktsystem wäre notwendig. Gemeinden mit mehr als 800 Einwohnern müssen im Zweistundentakt angefahren werden, Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern im Ein-Stundentakt und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern im Halbstundentakt, mit einem Busverkehr, der an die Bahn angebunden ist.“ Bis zum 27. Lebensjahr sollten alle Menschen in Sachsen unentgeltlich öffentliche Verkehrsmittel nutzen können.

Das wäre eine Vision, für die es sich zu kämpfen lohnt. Politik beginnt mit dem Staatshaushalt – wenn man denn will.

Linksfraktion für mehr Brandschutz in Pflegeheim und Co.

Vor allem in Pflegeheimen brennt es immer wieder. Dort, aber auch in Krankenhäusern, Heimen und sonstigen Einrichtungen leben oft Menschen, die im Brandfall das Gebäude nicht schnell genug oder nur mit fremder Hilfe verlassen können. Oft ist nicht genug Pflegepersonal vorhanden, um neben der Rettung von Personen noch zusätzlich akute Löscharbeiten übernehmen zu können. Hinzu kommen die Personalprobleme bei den Freiwilligen Feuerwehren.

Dennoch müssen automatische Feuerlöschanlagen, Brandmeldeanlagen und Anlagen zur Rauchableitung, Brandschutzkonzepte sowie Brandschutzbeauftragte in diesen Sonderbauten nicht zwin-

gend vorhanden sein. Das will die Linksfraktion ändern (Drucksache 6/9753) und verbindliche Vorgaben in die Sächsische Bauordnung aufnehmen.

Mirko Schultze, Sprecher für Feuerwehr, Rettungswesen und Katastrophenschutz, ist sich sicher: „Das rettet Leben. Sprinkleranlagen sind nicht nur wichtig, um das Pflegepersonal bei der Evakuierung zu unterstützen. Sie können auch verhindern, dass sich Brände überhaupt ausbreiten.“ Der Brandschutz sei in Sonderbauten oft noch immer mangelhaft. CDU und SPD sahen das anders. Sachsens Landesregierung muss ihre Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ernst nehmen!

Weiter keine Wertschätzung für die meisten Lehrkräfte in Sachsen



Kurz vor den Sommerferien wollte die Linksfraktion im Landtag noch eine wichtige Entscheidung herbeiführen. Groß ist der Protest, ausgedrückt etwa in Massen-E-Mails, gegen die drohende Ungerechtigkeit infolge der Verbeamtung von Lehrkräften. Dieser Schritt, auf den sich CDU und SPD verständigt haben, ist politischer Unsinn: Er spaltet die Lehrerkollegien, benachteiligt die große Mehrheit der Lehrkräfte, nämlich jene jenseits der 42, untergräbt ihre Motivation und verursacht kommenden Generationen enorme Kosten. Der Erfolg ist unsicher: Auch Ländern, die verbeamteten, fehlt Personal.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder die Fehlentscheidung wieder aufheben oder zumindest ein Mindestmaß an „Fairplay im Lehrerzimmer“ herstellen, was eine gleichnamige Initiative fordert. Die Linksfraktion fordert: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Nettolohnlücke für alle nicht verbeamteten Lehrkräfte schließen – Keine ‚Zwei-Klassen-Lehrerschaft‘ in Sachsen zulassen!“

Die Initiative der Linksfraktion hatte zwei Teile. Erstens sollte der Landtag offiziell den Lehrerinnen und Lehrern in Sachsen danken, die über Jahrzehnte das sächsische Schulsystem aufgebaut haben und es seit vielen Jahren tragen. „Unsere Anerkennung für diese außerordentliche Arbeits- und Lebensleistung gilt diesen Kolleginnen und Kollegen“, so **Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion**.

Zweitens sollen alle Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können, so weit wie möglich einen Ausgleich für finanzielle Nachteile bekommen, die sie gegenüber ihren verbeamtete-

ten Kollegen haben. Denn Beamte bekommen mehr netto vom brutto als Angestellte. Über diesen Antrag

wurde namentlich abgestimmt – mit einem wenig überraschenden Ergebnis (siehe Abbildung).

Die Regierungskoalition verweist darauf, dass sich die Nettolohnlücke nicht schließen lasse, weil Lehrkräfte gemäß den Vereinbarungen der Tarifgemeinschaft der Länger bezahlt werden und Sachsen keinen Alleingang wagen könne. Das stimme nicht, so Falken. Möglich sei ein Bezirkstarifvertrag innerhalb Sachsens. Einen solchen gab es bereits zwischen 1997 und 2007, wenn auch zum Nachteil der Lehrkräfte – denn darin wurde die ausbeuterische Zwangs-Teilzeit für Grundschullehrkräfte geregelt.

Wie damals schon bezahle auch heute wieder ein Teil der Lehrerschaft den Preis für die verfehlte Personalpolitik der Staatsregierung, so Falken. Das müsse nicht sein – „ein solcher Tarifvertrag könnte zum Vorteil der Lehrkräfte ausfallen.“ Anstatt gestandene Lehrkräfte einer Beurteilung zu unterziehen, wonach einige befördert werden, sollten Zulagen für alle angestellten Pädagoginnen und Pädagogen gezahlt werden.

CDU und SPD lehnten das alles ab. Das sagt viel aus über die Wertschätzung, die sie für die Lehrerinnen und Lehrer empfinden.

Was CDU und SPD abgelehnt haben (Drucksache 6/13145)

I. Der Landtag dankt den Lehrerinnen und Lehrern in Sachsen, die über Jahrzehnte das sächsische Schulsystem aufgebaut, seit vielen Jahren mit hohem persönlichen Engagement sowie unter teilweise enormen Belastungen erfolgreich getragen haben und weiter tragen, und spricht ihnen seine besondere Anerkennung für diese außerordentliche Arbeits- und Lebensleistung aus.

II. Die Staatsregierung wird dringend aufgefordert,

zur gebührenden Wertschätzung der Arbeits- und Lebensleistungen der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen und Schritte zu ergreifen, damit alle nicht verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 eine zusätzliche monatliche Ausgleichsleistung erhalten, mit der die künftig entstehenden erheblichen Nettolohnlücken gegenüber den neu verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern geschlossen werden, sowie die dafür erforderlichen finanziellen Mittel in den dem Landtag vorzulegenden Entwurf für den nächsten Landeshaushalt im entsprechenden Einzelplan 05 des Staatsministeriums für Kultus einzustellen.

Die folgenden anwesenden Abgeordneten sagten „Nein“:

Anton, Rico, CDU
 Baum, Thomas, SPD
 Baumann-Hasske, Harald, SPD
 Bienst, Lothar, CDU
 Blattner, Cornelia, CDU
 Breitenbuch, Georg-Ludwig von, CDU
 Clauß, Christine Ursula, CDU
 Clemen, Robert, CDU
 Colditz, Thomas, CDU
 Dierks, Alexander, CDU
 Dietzschold, Hannelore, CDU
 Dombois, Andrea, CDU
 Fiedler, Aline, CDU
 Firmenich, Iris, CDU
 Fischer, Sebastian, CDU
 Friedel, Sabine, SPD
 Gasse, Holger, CDU
 Gemkow, Sebastian, CDU
 Hartmann, Christian, CDU
 Heidan, Frank, CDU
 Heinz, Andreas, CDU
 Hippold, Jan, CDU
 Hirche, Frank, CDU
 Homann, Henning, SPD
 Hösl, Stephan, CDU
 Hütter, Carsten, AfD
 Ittershagen, Steve Johannes, CDU
 Kiesewetter, Jörg, CDU
 Kirmes, Svend-Gunnar, CDU
 Kliese, Hanka, SPD
 Köpping, Petra, SPD
 Krasselt, Gernot, CDU
 Kuge, Daniela, CDU
 Kupfer, Frank, CDU
 Lang, Simone, SPD
 Liebhauser, Sven, CDU

Löffler, Jan, CDU
 Mackenroth, Geert W., CDU
 Mann, Holger, SPD
 Meyer, Dr. Stephan, CDU
 Michel, Jens, CDU
 Mikwauschk, Aloysius, CDU
 Modschiedler, Martin, CDU
 Neukirch, Dagmar, SPD
 Nicolaus, Kerstin, CDU
 Nowak, Andreas, CDU
 Otto, Gerald, CDU
 Pallas, Albrecht, SPD
 Panter, Dirk, SPD
 Patt, Peter Wilhelm, CDU
 Pecher, Mario, SPD
 Piwarz, Christian, CDU
 Pohle, Ronald, CDU
 Rohwer, Lars, CDU
 Rößler, Dr. Matthias, CDU
 Rost, Wolf-Dietrich, CDU
 Saborowski, Ines, CDU
 Schiemann, Marko, CDU
 Schmidt, Thomas, CDU
 Schreiber, Patrick, CDU
 Springer, Ines, CDU
 Stange, Dr. Eva-Maria, SPD
 Tiefensee, Volker, CDU
 Tillich, Stanislaw, CDU
 Ulbig, Markus, CDU
 Vieweg, Jörg, SPD
 Voigt, Sören, CDU
 Wähner, Ronny, CDU
 Wehner, Oliver, CDU
 Winkler, Volkmar, SPD
 Wissel, Patricia, CDU
 Wöllner, Prof. Dr. Roland, CDU
 Wurlitzer, Uwe, fraktionslos

Integration ordnen, zum Nutzen aller

Sachsen sollte offen und freundlich sein, auch gegenüber Menschen, die hier Hilfe suchen oder ein neues Leben aufbauen wollen. Es wandern nicht nur Geflüchtete zu, sondern vor allem Menschen, die aus anderen EU-Ländern stammen. Das Zusammenwachsen braucht eine verbindliche Grundlage.

Die Linksfraktion hat deshalb ein Integrationsgesetz (Drucksache 6/13768) vorgeschlagen. **Juliane Nagel, Sprecherin für Migrations- und Flüchtlingspolitik**, schilderte anhand von Beispielen, wie notwendig das ist. „Die zehnjährige Samira hat gute Noten, besser als viele ihrer Freundinnen. Sie will den Sprung aufs Gymnasium versuchen. Doch die Gespräche mit der Bildungsagentur verlaufen negativ, ihre Empfehlung lautet auf den Besuch der Oberschule. Amado bewirbt sich in einer Kreisverwaltung in Sachsen. Er wird nicht einmal zum Gespräch eingeladen, obwohl er in Deutschland geboren wurde und einen exzellenten Hochschulabschluss hat. Mulai und Mohammed werden bei McDonald's rassistisch beleidigt. Sie widersprechen und werden angegriffen. Die Polizei weigert sich, die Anzeigen aufzunehmen, und überprüft stattdessen mögliche polizeiliche Einträge der Betroffenen.“ Diese Beispiele ließen sich fortsetzen, denn Menschen, die nicht hier geboren wurden, die anders aussehen oder gebrochen Deutsch sprechen, würden oft diskriminiert. Doch nur wer sich als gleichberechtigtes Mitglied einer Gesellschaft wahrnehme, fühle sich eingeladen, mitzuwirken, Verantwortung zu übernehmen.

„Wenn Menschen Zugänge zur Gesellschaft verwehrt bleiben, ist das nicht nur ungerecht und wider die Menschenrechte, sondern es erzeugt auch Frust und Konflikte. Es schafft die Parallelgesellschaften, über die sich Konservative gern echauffieren“, so Nagel. Wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin solle auch Sachsen ein Gesetz bekommen, das Abhilfe schafft.

Dadurch sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst kommen. Die interkulturellen Kompetenzen der Bediensteten und Beschäftigten sollen gefördert werden. Landkreise und kreisfreie Städte sollen Kommunale Integrationszentren einrichten, die Bildung und Erziehung

unterstützen und die haupt- wie ehrenamtliche Integrationsarbeit koordinieren. In Nordrhein-Westfalen gibt es 53 solcher Zentren. Kommunale Migrationsräte sollen beraten, ein Sächsischer Migrationsrat soll dem zuständigen Staatsministerium beiseite stehen. Das Amt des „Ausländerbeauftragten“ soll zum Amt einer/s sächsischen Migrationsbeauftragte/n entwickelt werden.

Die Kosten soll der Freistaat den Kommunen erstatten. Eine Integrationspauschale von 50 Millionen Euro pro Jahr sollen Städte, Gemeinden und Landkreise zum Nutzen der gesamten Bevölkerung in ihre Infrastruktur investieren. Wir hoffen auf eine sachliche Debatte!



Regierung der Reglosigkeit und Arroganz

Seit etwa vier Jahren ist die CDU-SPD-Regierung im Amt. Genauso lange ist ein zentrales Versprechen offen: eine wohnortnahe medizinische Versorgung. Die Linksfraktion macht regelmäßig Vorschläge, um sie zu erreichen – auch jüngst wieder (Drucksache 6/11275). Demnach soll die Landesregierung feste Kooperationen zwischen allen Verantwortungsträgern aufbauen – also mit der Ärzteschaft, den Krankenkassen, Krankenhäusern, Berufsverbänden, Hochschulen und Kommunen. Sie soll innovative Modelle zur (fach)ärztlichen Versorgung fördern und bessere Anreize für ärztliche Tätigkeit abseits der Großstädte setzen.

Landesweite Planung soll den ambulanten und stationären Sektor zusammenführen. Auch sollen der öffentliche Gesundheitsdienst flächendeckend ausgebaut und mehr Studienplätze für Humanmedizin eingerichtet werden.

Im Juni beriet der Landtag darüber – und die Koalition wie auch die Gesundheitsministerin Barbara Klepsch (CDU) illustrierten ihr Desinteresse: Sie gaben ihre Reden zu Protokoll. **Susanne Schaper, Sprecherin der Linksfraktion für Gesundheitspolitik**, konterte: „Ihre Arroganz der Macht ist unerträglich!“ Gebetsmühlenartig behauptete die Regierung, die Vorschläge würden

umgesetzt. Aber es bewege sich nichts. Und dabei solle es wohl bleiben: Das Sozialministerium lehnt es mit Verweis auf deren Selbstverwaltung sogar ab, dauerhaft mit den Verantwortungsträgern im Gesundheitswesen zu kooperieren. Dabei forderte etwa die Sächsische Landesärztekammer unlängst ein gemeinsames Vorgehen. „Die Organe der Selbstverwaltung haben es nach vier Jahren eben satt, der Staatsregierung beim Rumwursteln zuzuschauen“, so Schaper. Sachsen gehöre zumindest im Osten zu den Flächenländern, in denen die Unterschiede zwischen Stadt und Land am größten sind. Umso dringlicher seien Lösungen.

Eine solche Lösung wäre es, die Trennung von stationärem und ambulantem Sektor zu überwinden. Denn in Zeiten des Ärztemangels steigt die Verantwortung der Krankenhäuser. „Wenn aber ein Fünftel des Verwaltungspersonals eines Krankenhauses nur damit beschäftigt ist, Dokumentationen zu vervollständigen und sich mit dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen darüber zu streiten, ob eine stationäre Versorgung sinnvoll war, sind Neuregelungen nötig!“ Schaper forderte die Koalition auf, endlich mit den Organen der Selbstverwaltung an Lösungen zu arbeiten. Es ist höchste Zeit.

CDU und SPD gegen mehr Kita-Personal

Kindertageseinrichtungen sind keine „Verwahranstalten“ – sie sind Bildungsstätten, die Kinder bestmöglich betreuen sollen. Es ist keine Neuigkeit, dass ihnen in Sachsen dafür oft das Personal fehlt. Das verlangt nach einer langfristigen Lösung! Mit einem Plan für 12 Jahre will die Linksfraktion deshalb den Betreuungsschlüssel schrittweise verbessern.

Heute betreut eine Fachkraft statistisch gesehen im Kindergarten zwölf und in der Krippe fünf Kinder. Im Hort kommen 0,9 Fachkräfte auf 20 Kinder. Soweit das Papier – in der Realität führen Urlaub, Krankheit, Weiterbildung sowie die Vor- und Nachbereitungszeit zu deutlich schlechteren Quoten. In der Praxis kommen auf eine Betreuerin oder einen Betreuer in der Krippe durchschnittlich acht, im Kindergarten 18 bis 19 und im Hort 24 Kinder. Die Erzieherinnen und Erzieher kompensieren das mit hohem Einsatz, aber das darf freilich kein Dauerzustand sein.

Die Linksfraktion schlug deshalb im Landtag per Gesetzesentwurf (Parlaments-Drucksache 6/10764) vor, den Personalschlüssel jährlich und schrittweise um fünf Prozent ab 1. September 2019 für alle Kindertageseinrichtungen erhöhen. Die benötigten Fachkräfte stehen kurz- und mittelfristig noch nicht zur Verfügung – deshalb die langfristige Zielvorstellung, bis 2030 den von Fachleuten empfohlenen Betreuungsschlüssel von 1:3 in der Kinderkrippe, 1:7,5 im Kindergarten und 1:13 im Hort tatsächlich zu erreichen. Die Mehrkosten soll der Freistaat den Kommunen ersetzen.

Marion Junge, Sprecherin der Linksfraktion für das Thema Kindertagesstätten, betonte: „Wir sind als Gesetzgeber dafür verantwortlich, die Grundlagen für eine gute Bildungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen bald zu schaffen. Der Freistaat braucht dringend eine Ausbildungsoffensive, die spätestens im Schuljahr 2019/20 beginnen muss!“ Die CDU-SPD-Mehrheit im Landtag sah das offenbar nicht als notwendig an und lehnte ab. Sachsen braucht eine Landesregierung, der die Bildung am Herzen liegt!



Conrad Nützchen / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0





Plenarspiegel Juni 2018

Die 74. und die 75. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 27. und 28. Juni 2018 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen auf beiden Plenartagen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Nicht nur versprechen, sondern jetzt handeln, Herr Ministerpräsident Kretschmer! – Möglichkeiten und Chancen bei der Aufstellung des Landeshaushaltes nutzen.“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Verbesserung des Brandschutzes in Sonderbauten im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9753)

„Gesetz über die psychosoziale Notfallversorgung im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/10491)

„Gesetz zur schrittweisen Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertageseinrichtungen im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/10764)

„Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sowie zur Regelung der Grundsätze und Ziele der Integration im Freistaat Sachsen (Sächsisches Migrant*innen-teilhabeförderungsgesetz – SächsMigrTeilHG)“ (Drs 6/13768)

Anträge

„Medizinische, ärztliche und gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum Sachsens spürbar ausbauen!“ (Drs 6/11275)

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Nettolohnlücke für alle nicht verbeamteten Lehrkräfte schließen – Keine 'Zwei-Klassen-Lehrerschaft' in Sachsen zulassen!“ (Drs 6/13145)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE loben einen „Engagement-Preis für demokratische Kultur 2018“ aus. Mit der Auszeichnung sollen Personen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände öffentlich gewürdigt und

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Stichwort: „Engagement-Preis für demokratische Kultur 2018“
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

zelpreis“ sollten neben der Angabe von ladungsfähigen Adressdaten ein Bewerbungsschreiben enthalten, das einen Umfang von 10.000 Zeichen inkl. Leerzeichen nicht überschreitet und die folgenden Punkte beinhaltet:

Wir loben einen „Engagement-Preis für demokratische Kultur 2018“ aus!

Einsendeschluss: 5. August 2018, Verleihung: 14. September

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



geehrt werden, die sich für ein friedliches Zusammenleben aller in Sachsen lebenden Menschen und für deren stärkere Mitwirkung an den sie betreffenden politischen Entscheidungen einsetzen. Die Würdigung solcher Initiativen ist umso notwendiger, als die Staatsregierung zivilgesellschaftlich-kritischem Engagement und echter Bürgerbeteiligung weiter kritisch bis ablehnend gegenübersteht. Wir wollen ein breites Spektrum von Initiativen ansprechen, etwa solche, die sich antifaschistisch, antirassistisch, gegen Diskriminierung und für eine demokratische Kultur engagieren, also für ein besseres gesellschaftliches Miteinander. Der Preis wird in drei Kategorien vergeben:

- Kategorie „Etablierte Initiative“, dotiert mit 1.000,00 Euro
- Kategorie „Junge Initiative“, dotiert mit 1.000,00 Euro
- Kategorie „Engagierte Einzelperson“, dotiert mit 500,00 Euro.

Die Finanzierung erfolgt durch Spenden der Mitglieder der Fraktion. Für den Preis können sich Personen, Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände bewerben, die sich im Bereich des Ausbaus demokratischer Beteiligung engagieren und ihren (Wohn)sitz in Sachsen haben und/oder in Sachsen tätig sind. Sie sollen sich mit einer vorbildlichen öffentlichen Wirkung für eine vitale demokratische Kultur in Sachsen engagiert eingesetzt haben. Sie können sich selbst für den Preis bewerben oder von Dritten vorgeschlagen werden. Das Einverständnis der Vorgeschlagenen wird vorausgesetzt. Bewerbungen und Vorschläge können – unter Ausschluss des Rechtsweges – bis zum 5. August 2018 eingereicht werden an:

Die Auswahl des/der jeweiligen Preisträger/s/in in den drei Preiskategorien aus den eingegangenen Bewerbungen erfolgt durch eine Jury, der folgende Fraktionsmitglieder angehören: Juliane Nagel, Sarah Buddeberg, Luise Neuhaus-Wartenberg, Lutz Richter, Franz Sodann. Die Preisverleihung findet im Rahmen einer öffentlichen Fraktionsveranstaltung am 14. September 2018 statt.

Der Bewerbung bzw. dem Vorschlag ist eine schriftliche Beschreibung der Tätigkeit, der Initiative, des Projektes, der Aktion bzw. Leistung beizufügen, die dieser Struktur entsprechen soll:

- Angabe einer ladungsfähigen Postadresse und einer/eines Ansprechpartners mit Kontaktdaten (postalisch, telefonisch, E-Mail)
 - Angaben, auf welche Kategorie sich die Bewerbung bezieht (Junge Initiative oder Etablierte Initiative) und zum Grad der Etablierung (kurze Beschreibung zur Dauer des Bestehens, der Anzahl von Mitstreiterinnen und Mitstreitern, der genutzten Infrastrukturen)
 - Antworten auf die folgenden Fragen im Umfang von jeweils maximal 5.000 Zeichen inkl. Leerzeichen:
 - Welche Arbeits- und Aktionsformen zählen zur Tätigkeit des Projektes und wie werden sie jeweils konkret umgesetzt?
 - In welchem Verhältnis stehen ehrenamtliche und mögliche hauptamtliche Arbeit?
 - Welche Erfolge wurden bisher erreicht?
 - Welchen Widerständen begegnet die Arbeit vor Ort?
- Bewerbungen in der Kategorie „Ein-

- Beschreibung der Tätigkeit(en), aus der/denen das Engagement besteht
- Aufzeigen von Erfolgen
- Aufzeigen möglicher Widerstände, denen das Engagement begegnet.

Termin

Fachkonferenz:

Wie wird der Finanzausgleich zukunftsfit?

31. August 2018, 10-14 Uhr
Sächsischer Landtag,
Raum A 400

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag